

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit Austr. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einchl. Bringerlohn 2.—, für Selbstabholer 1.90 Mk. — Durch die Post bezogen 2.— Mk. ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72206. Postkonto: Leipziger Buchdruckerei N. G., Leipzig Nr. 53477	Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21 Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig Telefon 72206. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 72206	Inseratenpreise: Die 10geleit. Kolonelle 35 Pf., bei Platzbeschrift. 40 Pf., Stellenangebote 10geleit. Kolonelle 25 Pf., Familienanzeigen von Privaten die 10geleit. Kolonelle mit 50% Nachl., Reklamezettel 2 Mk., Inserate v. ausw.: die 10geleit. Kolonelle 40 Pf., bei Platzbeschrift. 50 Pf., Reklamezettel 2.25 Mk.
---	--	--

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Volkshäuser entgegen

Gescheiterte Verhandlungen in Warschau

Dr. Hermes auf der Heimreise

Warschau, 7. Dezember.

Der deutsche Bevollmächtigte für den deutsch-polnischen Handelsvertrag, Dr. Hermes, reist heute abend nach Berlin zurück. Während seines viertägigen Aufenthalts in Warschau fanden wiederholte Besprechungen mit dem polnischen Bevollmächtigten Dr. Twardowski statt. Durch den deutschen Bevollmächtigten wurden bei dieser Gelegenheit im Auftrag der Reichsregierung Vorschläge übermittelt, die bezweckten, einen deutsch-polnischen Handelsvertrag auf breiter Basis abzuschließen und vor allem für die wichtigsten wirtschaftlichen Teile des künftigen Vertrages eine den Interessen beider Staaten dienende Grundlage zu vereinbaren. Im Verlaufe der jüngsten Besprechungen zwischen den beiderseitigen Bevollmächtigten ist eine Zustimmung oder Ablehnung der polnischen Regierung zu den deutschen Vorschlägen nicht erfolgt, vielmehr steht die Stellungnahme der polnischen Regierung noch aus. Zwischen den beiden Bevollmächtigten wurde vereinbart, am 18. d. M. eine neue Besprechung in Warschau abzuhalten.

III Berlin, 7. Dezember.

Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, könne zu den deutsch-polnischen Besprechungen über die Handelsvertragsverhandlungen erst dann Stellung genommen werden, wenn Minister Hermes nach Berlin zurückgekehrt sei. Was die Meinung aus Warschau angeht, daß die deutsche Regierung die Versäumnung des deutsch-polnischen Handelsvertrages, das bekanntlich am 10. November abgeschlossen ist, abgelehnt wird, so wird im Gegenzug dazu bemerkt, daß die deutsche Regierung zu einer Verlängerung des Handelsvertrages grundsätzlich bereit sei, allerdings erst dann, wenn sich ein Ueberblick über den Stand der Handelsvertragsverhandlungen gewinnen lasse.

Die Sabotage der Rüstungsindustrie Zum Scheitern der Genfer Konferenz

SPD Genf, 7. Dezember.

Die Wendung in den Verhandlungen über eine Kontrolle der privaten Kriegsmaterialindustrie, die am Donnerstag durch den belgischen Antrag auf erneute Prüfung der einzelnen Waffenkategorien hervorgerufen wurde, stellt sich als noch einschneidender heraus als ursprünglich angenommen werden konnte. Es war der Kommission nicht möglich, zu einem Bericht an den Völkerbundsrat zu kommen. Der Völkerbundsrat muß sich mit einer Information über den Stand der Verhandlungen begnügen. Am 11. Februar sollen Sachverständige der verschiedenen Staaten zusammenkommen, um die von Belgien gewünschte Nachprüfung der Kategorien vorzunehmen. Erst geraume Zeit danach kann die Kommission zur Fortsetzung ihrer Arbeiten zusammentreten.

Den Belgiern geht es darum, die Kategorien 2 und 3, die Kontrolle von Kleinwaffen, die für Kriegszwecke verwendbar sind, und von Pulver möglichst überhaupt zu streichen. Der Antrag ist der belgischen Regierung nicht nur von der belgischen Brownings- und Jagdwaffenindustrie diktiert worden; hinter ihm steht die gesamte internationale Rüstungsindustrie zu stehen. Anders kann die wortlose, sofortige Zustimmung, die der belgische Antrag bei den meisten Ländern gefunden hat, nicht erklärt werden. Nur Deutschland, Holland und die Vereinigten Staaten von Amerika wiesen auf die unübersehbaren Folgen dieses belgischen Vorstoßes hin.

Die öffentliche Schlussfaltung am Freitag brachte, nach einem überflüssigen Verlauf, in dem sich der Präsident, Graf Bernstorff, vergeblich bemühte, Interesse für die Sache zu erwecken, eine scharfe amerikanische Erklärung gegen den schleppenden Gang der Verhandlungen. Der Amerikaner wandte sich gegen die Wiederaufstellung rein technischer Fragen und vor allem dagegen, daß auf Frankreichs und Englands Drängen die Kommission sich in ihrer diesmaligen Tagung damit abgeben hätte, nur eine Veröffentlichung des Wertes des hergestellten Kriegsmaterials zu fordern. Die von Deutschland, Holland, den Vereinigten Staaten und einigen kleineren Ländern gestellten Anträge, auch Gewicht und Stückzahl des verfertigten Kriegsmaterials zu veröffentlichen, wären von den großen Waffenproduzenten der Welt hartnäckig abgelehnt worden. Der Amerikaner betonte, daß infolge des belgischen Antrages Amerika sich in seiner Stellungnahme frei fühle und auf eine detaillierte Veröffentlichung der Kriegsmaterialherstellung drängen werde.

Flottenverhandlungen?

Zwischen England und den Vereinigten Staaten

SPD Paris, 7. Dezember.

Der Außenminister des Echo de Paris, Bertinog, glaubt heute mitteilen zu können, daß zwischen England und den Vereinigten Staaten Sonderverhandlungen in der Frage der Flottenbeschränkung bevorstünden. Die Initiative dazu sei von den Vereinigten Staaten ausgegangen.

Der Vertrag mit Estland unterzeichnet

III Reval, 7. Dezember.

Der deutsch-estländische Handelsvertrag ist Freitag, 21 Uhr, unterzeichnet worden, nachdem in verschiedenen Punkten noch eine Einigung erzielt wurde. Der Vertrag besteht aus 29 Artikeln und drei Zusatzprotokollen, die die Rechte der Geschäftsreisenden behandelt. Gleichzeitig mit dem Vertrag wurden zwei Noten und zwei diplomatische Schreiben ausgetauscht, die verschiedene Einzelfälle, u. a. auch die wahrscheinliche Abschaffung des Visums behandeln. Wie bisher nur bekannt ist, sieht der Handelsvertrag ein einfaches Reisepaßbegünstigungsrecht vor. Er gewährt Deutschland kein besonderes Niederlassungsrecht. Die Schwierigkeiten, die sich in den letzten Tagen bei den Verhandlungen eingestellt hatten, beruhten auf dem Verlangen der deutschen Abordnung, den Handelsvertrag von der neuen estländischen Regierung unterzeichnen zu lassen, die erst in diesen Tagen gebildet worden ist. Dadurch hoffte man, dem Vertrag eine stärkere moralische Wirkung zu geben.

Ein Bombenanschlag in Krakau

WTB Warschau, 7. Dezember.

Nachdem gestern in Lemberg die Druckerei des Slawo Posti einem Bombenanschlag zum Opfer fiel, wurde heute ein Anschlag auf die Krakauer Zeitung Justrowy Kurjer Codzienny versucht, indem der Redaktion des Blattes ein Paket übersandt wurde, das als Weihnachtsgeschenk gedacht war und eine Bombe enthielt. Der Empfänger, der das Paket mit aller Vorsicht öffnete, stellte fest, daß darin ein Liter in Pulverform enthalten war, das beim Aufreißen der Paketbahn zur Explosion gebracht werden würde. Die polnische Presse schreibt diese Anschläge ukrainischen Uebermännern zu, doch fehlt von den Tätern jede Spur, so daß die Vermutungen nicht nachgeprüft werden können.

Die deutsche Delegation nach Lugano abgereist

III Berlin, 7. Dezember.

Die deutschen Vertreter für Lugano sind am Freitagabend unter Führung des Reichsaussenministers Dr. Stresemann abgereist. Der Delegation gehören außer dem Reichsaussenminister noch Staatssekretär v. Schubert, Ministerialdirektor Gauß, Geheimer Legationsrat Ritter, Ministerialdirektor Kottmann, Legationsrat Strohm und Legationsrat Weibel von der Stabsabteilung des Auswärtigen Amtes an. Von der Reichspressestelle waren vertreten Legationsrat v. Twardowski und Affessor Haus. Zum Abschied hatte sich außer den Herren des Auswärtigen Amtes der neuernannte Moskauer Botschafter v. Dirksen eingefunden.

Briand in Lugano eingetroffen

III Lugano, 7. Dezember.

Der französische Außenminister Briand ist mit der französischen Abordnung am Freitagabend als erster der an der Ratstagung teilnehmenden Außenminister hier eingetroffen. Briand wurde auf dem Bahnhof ein lebhafter Empfang bereitet. Die von Paris aus verbreiteten Gerüchte einer Teilnahme Mussolinis an der Ratstagung werden von maßgebender italienischer Seite als völlig unbegründet bezeichnet.

Die französische Antwort

III London, 7. Dezember.

Die französische Antwort auf die britischen Anregungen für den Entwurf einer Antwort auf das deutsche Reparationsmemorandum vom 10. Oktober liegt nunmehr dem Schatzamt und dem Foreign Office vor und wird von beiden Stellen geprüft. Ueber die wahrscheinliche Weiterentwicklung der Angelegenheit erzählt der Vertreter der Telegraphen-Union von gut unterrichteter Seite, daß den von Frankreich angeschuldeten technischen Einzelheiten in London keine entscheidende Bedeutung beigemessen wird. Die englische Politik gehe dahin, sich nunmehr abzuwartend zu verhalten, so daß es einem weiteren Gedankenaustausch zwischen Paris und Berlin vorbehalten bleibt, über die wichtigsten der noch offenstehenden Fragen, der Begrenzung des Mandats des neuen Reparationsausschusses, eine Einigung zu finden. Allgemein läßt sich feststellen, daß das englische Interesse sich darauf zusammenzieht, nach den ungewöhnlich langwierigen Vorverhandlungen endlich zu einem Zusammentritt des neuen Ausschusses zu kommen. Die Aussichten für eine endgültige Reparationsregelung werden ohnehin nicht mehr günstig beurteilt.

Volkentscheid in Danzig

Der Kampf um die Verfassungsreform

K. L. Danzigs Bevölkerung steht im Augenblick in einer Hochflut wichtiger politischer Entscheidungen. Schon vor einigen Wochen wurde die Wählerschaft gerufen, um sich für zwei verschiedene Volksbegehren zu entscheiden. Nachdem dann am 18. November in den Landgemeinden des Freistaates die Gemeindevahlen stattgefunden hatten, die der Sozialdemokratie gegenüber 1924 einen bedeutsamen Fortschritt brachten, soll am 9. Dezember ein Volkentscheid über die Reform der Danziger Verfassung Klarheit schaffen.

Als die Freie Stadt Danzig im Jahre 1920 auf Grund des Versailler Friedensdiktales gebildet wurde, beschloß der Bürgerklub im damaligen Danziger Parlament eine Verfassung für die Freie Stadt Danzig, die wesentliche Verschlechterungen gegenüber der Weimarer Verfassung der Deutschen Republik enthielt. Die Deutschnationalen hatten maßgebenden Einfluß in diesem Bürgerklub und setzten durch, daß an Stelle des demokratischen Selbstbestimmungsrechts des Volkes in der Regierung, also an Stelle einer parlamentarischen Regierung eine Beamtenregierung geschaffen wurde. Maßgebende Männer in der Regierung wurden dadurch beamtete Senatoren, die die gesamte Verwaltung des Staates beherrschten und vom Volkstag jeweils auf vier Jahre gewählt und für diese Zeit unantastbar sind. Als demokratische Dekoration dieses unverantwortlichen Beamtenregimes hatte man diesen acht hauptamtlichen Senatoren noch vierzehn nebenamtliche beigegeben, die von der jeweiligen Regierungskoalition gewählt werden und bei einem Mißtrauensvotum des Volkstages zurücktreten müssen. Als 1925/26 nach schlimmster deutschnationaler Mißwirtschaft eine Linkskoalition ans Ruder kam, ergab sich dann eine höchst widerstrebige politische Lage. Die Deutschnationalen standen zu dem Linksenat in schärfster Opposition, waren aber in derselben Regierung durch eine Anzahl ihrer beamteten Senatoren vertreten. Dieses undemokratische Regierungssystem war auf die Dauer unhaltbar. Der Sozialdemokratie gelang es daher schon Anfang dieses Jahres, Zentrum und Linksliberale davon zu überzeugen, daß eine Reform der Danziger Verfassung notwendig sei, die eine volle Parlamentarisierung des Senats bringt.

Leider ist im Volkstag diese Verfassungsreform gescheitert. Die Kommunisten leisteten hier wieder einmal den Deutschnationalen Helfersdienste, indem sie mit ihnen gemeinsam die Abstimmung sabotierten. Es kam deshalb die notwendige Zweidrittelbesetzung des Volkstages nicht zustande. Von der bürgerlichen Danziger Wirtschaftspartei wurde jedoch die Regierungsvorlage über die Verfassungsreform in ein Volksbegehren umgewandelt, das den Namen Volkswille erhielt, und das die oben gekennzeichnete Verfassungsreform durch Volkentscheid erzwingen wollte. Neben der Parlamentarisierung will dieser Volkentscheid „Volkswille“ im wesentlichen eine Verkleinerung des Volkstages, der heute 120 Mitglieder zählt, und auch Abbau bei dem 22köpfigen Wasserpostenrat. Die Sozialdemokratie unterstützt selbstverständlich diesen Volkentscheid „Volkswille“.

Die Deutschnationalen wollen das Beamtenregiment in Danzig aber aufrechterhalten. Sie haben flugs einen Gegenentwurf zum Volkentscheid eingebracht, der die charakteristische Bezeichnung „Bürgererschuh“ führt. Dieser „Bürgererschuh“ will zwar auch Verkleinerung des Parlaments und der Regierung, aber keine Parlamentarisierung des Senats. Auch hierbei leisten die Kommunisten der Reaktion wieder Helfersdienste, indem sie zum Volkentscheid die Parole ausgegeben haben: Weder für „Volkswille“ noch für „Bürgererschuh“.

Die Agitation für den „Bürgererschuh“ wird mit den verwerflichsten Mitteln geführt. Das Ziel der Deutschnationalen ist nicht nur die Durchbringung ihres reaktionären Nachwerks, sondern vor allen Dingen auch Sturz der jetzigen Linksinregierung Danzigs, die aus Sozialdemokraten, Zentrum und Linksliberalen besteht. Das beliebteste Agitationsmittel der Reaktion war bisher immer der Vorwurf, daß der Andersgejante national nicht zuverlässig, ja sogar ein Landesverräter sei. Von dieser verwerflichen Methode machen die Deutschnationalen auch bei diesem Wahlkampf zum Volkentscheid reichlichen Gebrauch. Als der Linksenat im Frühjahr dieses Jahres auf Drängen der Sozialdemokratie die Einwohnerwehr auflöste, die nur eine vom Staat erhaltene Schutzgarde der Deutschnationalen war, erhoben die Deutschnationalen lautes Geschrei: „Der Linksenat hat diese deutschnationale Einwohnerwehr nur auf Geheiß von Polen abgeschafft. Also Landesverräter der Sozialdemokratie, des Zentrums und der Liberalen zugunsten Polens.“ Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß hat dann schließlich die Verlogenheit dieser deutschnationalen Verleumdungsmethode festgestellt.

Aber was machen sich die Deutschnationalen aus einer gegenständlichen parlamentarischen Niederlage, wenn es sich für sie darum handelt, die Macht im Staat wiederzuerlangen? Der Linksenat hat seit Jahresfrist Polen gegenüber eine andere Politik eingeschlagen, als es vorher die Deutschnatio-